

Schulden- und Bürokratiefalle Steuersystem

Möglicher Ausweg: Konsumsteuer + BGE ?!

*Otto Lüdemann*¹

Einstimmung auf das Thema: Es knirscht im System!

Zu Beginn möchte ich Ihnen die Meyers vorstellen:



Herr Meyer ist Beamter der Steuerverwaltung Hamburg. Frau Meyer ist Eigentümerin und Managerin eines gut gehenden mittelständischen Unternehmens. Die Meyers sind gewissenhafte, aufgeschlossene, kulturell und politisch interessierte Menschen. Sie haben drei noch schulpflichtige Kinder.

Ein gewisses Problem hat Herr Meyer allerdings jedes Jahr im Mai, wenn seine Frau mit ihrem Steuerberater die gemeinsame Einkommensteuererklärung vorbereitet,



denn das löst bei ihm zwiespältige Gefühle aus:

Das Herz des Ehemanns und Familienvaters Meyer lacht, wenn der Steuerberater dem Fiskus mal wieder

¹ Vorlage für einen Vortrag, der im Rahmen der *Hamburger Utopiewochen* (veranstaltet vom *Hamburger Netzwerk Grundeinkommen*) im November 2012 stattgefunden hat. Das Paper wurde in Kooperation mit Wolfgang Heimann und Hartmut Keller erstellt. Illustrationen: Yannik Lüdemann; Grafik: Wolfgang Heimann.

ein Schnippchen geschlagen hat. Gleichzeitig runzelt sich jedoch aus demselben Grunde des Steuerbeamten und Staatsbürgers Meyer Stirn.



So lässt er seine Frau machen und will lieber gar nicht so genau wissen, was in der gemeinsamen Erklärung steht; er kann dann einigermaßen guten Gewissens unterschreiben.

Herrn Meyers Situation mag aufgrund seiner beruflichen Rolle besonders heikel sein, aber im Grunde stürzt das Steuersystem uns alle regelmäßig in mehr oder weniger ähnliche Konflikte. Wir alle sind „die Meyers“.



Freilich haben nicht nur die Meyers als Personen oder Familie ein Problem. So wie es einen Konflikt zwischen unterschiedlichen sozialen Rollen gibt, so gibt es auch in der Gesellschaft insgesamt Wechselbeziehungen oder auch Konflikte zwischen den entsprechenden unterschiedlichen Akteuren bzw. Instanzen Staat, Wirtschaft, Bürger. Es sind ja deren Interessen, die – eben z.B. in der Person von Herrn Meyer – aufeinandertreffen. Haben wir die Möglichkeit, dieses Phänomen gesamtgesellschaftlicher Interessenkonflikte in einer objektiven Beschreibung zu erfassen, ohne – als selber Betroffene – Partei zu ergreifen? In der Tat ist uns ein direkter Zugriff auf die gesellschaftliche Wirklichkeit insgesamt verwehrt, und zwar nicht nur aufgrund der Subjektivität der Positionen und der Komplexität des Gegenstands. Es dürfte vielmehr heute Konsens darüber beste-

hen, dass wir bei verallgemeinernden Aussagen über die gesellschaftliche Wirklichkeit, ja, über die Wirklichkeit überhaupt, auf Konstrukte und Modelle angewiesen sind, die immer zugleich auch die subjektive und vereinfachende Handschrift ihrer Erfinder tragen. Möglich ist deshalb immer nur eine Annäherung an die Wirklichkeit. Um den subjektiven Faktor auf ein Minimum zu reduzieren, können wir uns jedoch gerade im Falle der gesellschaftlichen Wirklichkeit den Umstand zunutze machen, dass wir als Mitglieder der Gesellschaft zugleich Teil des Untersuchungsgegenstands Gesellschaft sind. Wir können nämlich versuchen, uns von unseren Erfahrungen her bewusst zu machen, in welchen unterschiedlichen Identitäten und Rollen wir in der Gesellschaft agieren oder betroffen sind. Je weiter wir dabei den Blickwinkel spannen, also auf Ebenen blicken und Fragen stellen, die im Prinzip alle Bürgerinnen und Bürger miteinander teilen, umso mehr wird sich die Zahl der Identitäten und Rollen einengen.

So nähern wir uns einem Modell, das im Hinblick auf unsere Untersuchungsabsicht immerhin schon mal die erwähnten *Wechselbeziehungen zwischen Staat, Wirtschaft und Bürgern* thematisiert:

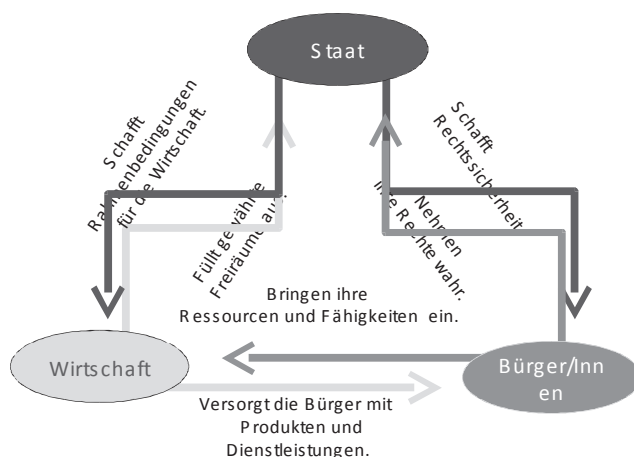


Fig. 1

Darüber hinaus bietet es eine Reihe von weiteren Vorteilen:

- Es ist einfach und überschaubar.
- Es setzt die darin genannten Akteure ohne jede moralische, politische oder ökonomische Wertung, zueinander in eine interaktive Beziehung.

- Die darin angegebenen Funktionen beschränken sich auf wesentliche typische Zuständigkeiten bzw. Aufgaben, erheben also keinen Anspruch auf Vollständigkeit.
- Alle Bürgerinnen und Bürger können sich darin in ihren unterschiedlichen Rollen wiederfinden.
- Mit Blick auf den anvisierten Untersuchungsgegenstand „Steuersystem“ kann eine bewusste thematische Fokussierung auf Ebenen und Fragen erfolgen, welche die Mitglieder der Gesellschaft entweder allgemein als Bürger oder auch im engeren Sinn als Rechts- oder als Wirtschaftssubjekte betreffen.
- Jedem Gesellschaftsmodell liegt implizit oder explizit immer auch ein bestimmtes Menschenbild zugrunde. In unserem aus alltäglicher Erfahrung abgeleiteten Modell ist es zunächst implizit enthalten. Das Modell lässt sich aber auch explizit dem Menschenbild von unterschiedlichen prominenten Denkern zuordnen; so etwa Rudolf Steiners bekanntem Konzept der „sozialen Dreigliederung“ mit den drei Lebensbereichen „Geistesleben“, „Rechtsleben“ und „Wirtschaft“, die er den demokratischen Idealen der französischen Revolution „Freiheit“, „Gleichheit“, „Brüderlichkeit“ zuordnet. Die von Steiner gebrauchten Begriffe kommen damit unserem Modell sehr nahe: „Wirtschaft“ kommt explizit darin vor. Wer anders als der Staat sollte das „Rechtsleben“ garantieren, wer anders als freie Bürgerinnen und Bürger das „Geistesleben“ tragen!
- Ein anderer prominenter Denker, Erich Fromm, fügt mit seinem Konzept des *Gesellschafts-Charakters*¹ der Steinerschen „Dreigliederung“ eine wichtige normative Dimension hinzu. Der Gesellschafts-Charakter ist für Fromm Ausdruck des menschlichen Anpassungsverhaltens, das für ihn aus „Furcht vor der Freiheit“ erwächst und nach seiner Überzeugung einem humanen, psychisch gesunden Verhalten widerspricht. Zunächst bezog Fromm sich mit diesem „sozialpathologischen“ Befund einer Furcht vor Freiheit auf autoritäre Gesellschafts-Charakterzüge, wie sie in Westdeutschland noch bis in die Nazizeit vorherrschten, in der DDR auch darüber hinaus; als zumindest genauso krankmachend

¹ Ausführliche Darstellung des Gesellschafts-Charakter-Konzeptes und seiner Tragweite in: Internationale Erich-Fromm-Gesellschaft (Hrsg.): *Die Charaktermauer*. Zur Psychoanalyse des Gesellschafts-Charakters in Ost- und Westdeutschland. Göttingen – Zürich 1995, S. 17 – 68.

sieht er jedoch die später aus Amerika übernommene sog. „Marketing-Orientierung“ an.

- Darin spiegelt sich der ständig wachsende Einfluss von Werbung, wie auch von Leistungs-, Konsum- und Wachstumsdruck auf die Menschen wider, ein Phänomen, das sie letztlich selbst zur Ware macht. Inzwischen haben diese Tendenzen sich weiter verstärkt und zunehmend differenzierte Varianten eines die Menschen untereinander wie von sich selbst immer mehr entfremdenden *Gesellschafts-Charakters* hervorgebracht. Entscheidend ist, dass es sich dabei um ein alle Mitglieder und Strukturen der Gesellschaft erfassendes und bestimmendes Phänomen handelt; die Gesellschaft insgesamt ist „krank“.
- Dazu passt, dass ein - trotz notwendiger Interessengegensätze – möglichst reibungsloses Zusammenspiel der gesellschaftlichen Akteure Staat/Wirtschaft/Bürger anscheinend immer seltener anzutreffen ist. Es „knirscht“ im System, und zwar mit der „Krise“ seit geraumer Zeit erheblich!

Wie die folgende Grafik zu verdeutlichen versucht, zeigen die Wechselbeziehungen zwischen den gesamtgesellschaftlichen Akteuren in der Tat an Stelle des idealtypischen inzwischen einen hochgradig problematischen Charakter, das Zusammenspiel ist offensichtlich empfindlich gestört. Hier zunächst wieder die Wechselbeziehungen zwischen *Staat und Bürger/innen*, die zwischen *Staat und Wirtschaft*, schließlich die zwischen *Wirtschaft und Bürger/innen*:

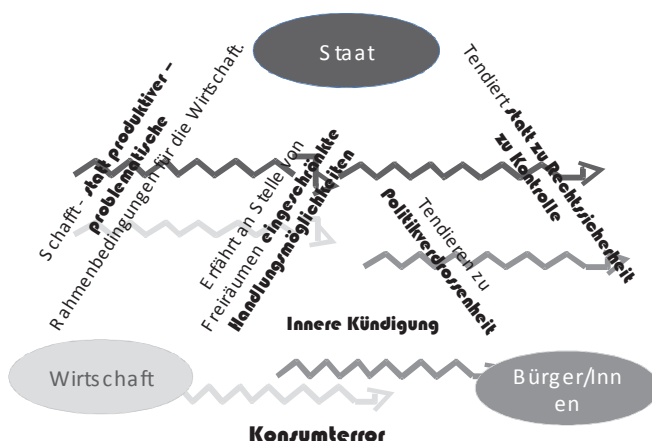


Fig. 2

Wichtig ist, dass es um strukturell bedingte Verhaltensmuster und -tendenzen von Menschen geht. Sie sind von Menschen gemacht und insofern im Prinzip auch durch Menschen korrigierbar. Mit problematischen statt produktiver Rahmenbedingungen für die Wirtschaft sind etwa zunehmend drückende Steuer- und Abgabenlasten gemeint, mit wachsender Tendenz zu Kontrolle immer repressivere Maßnahmen im Rahmen der Hartz-IV-Gesetze. Die Stichworte „Innere Kündigung“ und „Konsumterror“ stehen für Einstellungen bzw. Verhaltensweisen, die – ähnlich wie die Phänomene „Stress“ und „Burnout“ – niemand will, denen die Menschen aber aufgrund von Strukturzwängen ausgeliefert sind.

In den insoweit angedeuteten Turbulenzen und Krisen versuchen Wirtschaft und Staat regelmäßig, mit ihren jeweiligen Steuerungsmöglichkeiten Einfluss zu nehmen, z.B. auf die Banken, auf den Arbeitsmarkt, auf die Bedingungen des Vertriebs von Produkten und Dienstleistungen. Die Bürger erfahren sich ihrerseits zunehmend als Spielball und Opfer eines nicht mehr konkret nachvollziehbaren Kräftenessens, das zwischen anonymen, gleichwohl alle betreffenden Akteuren ausgetragen wird.

Alltägliche Meldungen in den Medien zu Arbeitskämpfen, zu Protesten gegen die Erhöhung von Steuern und Abgaben, über kontrovers diskutierte Unternehmensfusionen, Berichte über feindliche Übernahmen oder Unternehmensinsolvenzen, schließlich auch – zuletzt immer häufiger – über die für die betroffenen Bürger immer dramatischer werdenden Auswirkungen der Hartz-IV-Reform machen eins deutlich: Die ineinander greifenden gesellschaftlichen Teilsysteme sind weit davon entfernt, reibungslos nebeneinander zu funktionieren. Konflikte und hohe Reibungsverluste sind vielmehr die Norm.

Das Anwachsen der Staatsschulden, das die Regierungen – bisher mit mäßigem Erfolg – mittels einer „Schuldenbremse“ einzudämmen versuchen, wird dabei häufig als zentrale Ursache allen Übels dargestellt; die nicht zum Sparen fähigen Politiker sind, scheinbar folgerichtig, die Sündenböcke. Selten oder nie wird dagegen nach systembedingten Ursachen der exponentiell wachsenden Schulden gefragt.

Unter den beschriebenen Bedingungen kann nun anscheinend insbesondere auch das *Steuersystem* als ein dem Staat unterstelltes gesellschaftliches Teilsystem seiner „Steuerungsfunktion“ nicht mehr gerecht werden. Erkennbar wird dies daran, dass zunehmende Tendenzen zur Rationalisierung und zur Standortverlagerung von Unterneh-

men in Billiglohnländer – sowie dadurch ermöglichte Kapitalabflüsse – die Basis für staatliche Steuereinnahmen schrumpfen lassen, und zwar in besonderem Maße bei Einkommensteuern und Sozialabgaben.

Anscheinend immer mehr Unternehmen tendieren dazu, sich den hohen inländischen Kosten, inkl. Steuern und Abgaben, zu entziehen, und zwar durchaus auf legale Weise. Gleichzeitig klappt, bedingt durch die Kürzung von Sozialausgaben sowie das Einfrieren, wenn nicht die Reduzierung der Kaufkraft von Löhnen und Gehältern, faktisch die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander.

Wir formulieren deshalb dazu folgende Hypothesen:

- *Statt Defizite zu kompensieren und Umverteilungen zu ermöglichen, erweist sich das Steuersystem selbst als Schuldentreiber.*
- *Eine Umstellung des Systems, etwa von der Einkommensteuer auf eine weitgehend konsumbasierte Steuer, könnte Abhilfe schaffen.*

Sobald wir diese Hypothesen näher überprüft haben werden, kommen wir noch einmal auf das oben skizzierte Modell zurück und werden uns fragen, ob die angedeutete Systemveränderung zugleich eine signifikante Optimierung der Wechselbeziehungen zwischen den gesamtgesellschaftlichen Akteuren Staat, Wirtschaft und Bürger/innen erwarten lässt. Doch zuvor erscheint ein historischer Rückblick sinnvoll:

Unser Steuersystem – Mangelnde Anpassung an unterschiedliche Produktionsbedingungen

Unser heutiges Steuer- und Abgabensystem entstand unter Bismarck in Teilen des Deutschen Bundes und wurde schließlich im Jahr 1920 auf das gesamte deutsche Reichsgebiet ausgedehnt.

Mit vielfältig gestreuten Steuerquellen sowie erstmalig mit der sozialen Komponente eines Steuerfreibetrags ausgestattet, sollte es eine Antwort auf die Anforderungen der damaligen Verhältnisse mit Entwicklungspotenzial für die Zukunft sein.

Nach dem Ersten Weltkrieg ging es zusätzlich darum, die Kriegsschulden bezahlen zu können. Die Entscheidung für eine Vielzahl unterschiedlicher Steuern schuf eine breite Basis an Steuerquellen; so konnten Steuerausfälle eines Bereiches durch einen anderen aufgefangen werden, eine möglichst gerechte Steuerlastverteilung auf alle Mitglieder der Gesellschaft wurde möglich. Im Ansatz war dieses System insoweit sinnvoll. Da es aber nicht kontinuierlich an die sich verändernden Verhältnisse angepasst wurde, sondern lediglich innerhalb des bestehenden Systems Flickschusterei betrieben wurde, entwickelten sich daraus eine Reihe gravierender Probleme. Auf folgende drei Aspekte, die bei der Entwicklung des heutigen Steuersystems nicht – oder nicht angemessen – berücksichtigt wurden, ist in diesem Zusammenhang besonders hinzuweisen:

- auf die seit dem Beginn der Industrialisierung bestehende und in der Folgezeit sich weiter differenzierende Produktionsform einer *arbeitsteilig organisierten Fremdversorgung* der Menschen mit Gütern und Dienstleistungen,
- auf die ständige Rationalisierung, Perfektionierung und teilweise *Automatisierung der Herstellungsmethoden* von Produkten wie der Erbringung von Dienstleistungen,
- auf die inzwischen vielfältigen Implikationen und Konsequenzen eines *globalen Marktes*.

Einer der folgenreichsten – um nicht zu sagen verhängnisvollsten – Entwicklungsschritte in der Geschichte der Steuererhebung überhaupt dürfte zu Beginn der Industrialisierung stattgefunden haben. Gemeint ist der Übergang von der Besteuerung landwirtschaftlicher Erträge im Rahmen einer Wirtschaft der Selbstversorgung – historisch dem sog. „Zehnten“ – zu einer Besteuerung von Löhnen und Einkommen im Rahmen einer arbeitsteiligen Fremdversorgung. Verhängnisvoll deshalb, weil dieser Übergang zugleich die Geburtsstunde von lohn- und gehaltsabhängigen Menschen und in der Folge von Lohn- und Einkommensteuern war. Deren Kalkulation orientierte sich von nun an nicht mehr an einem greifbaren, real erbrachten Ertrag, sondern an einem Lohn oder Einkommen, das in einem Anstellungsvertrag fixiert war; dadurch wurde der Arbeitnehmer in eine doppelte finanzielle Abhängigkeit versetzt, nämlich gegenüber dem Arbeitgeber und gegenüber der Obrigkeit.

Konsequent im Sinne sowohl von Transparenz der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern als auch von Effizienz der Steuererhebung wäre es eigentlich gewesen, schon zu diesem Zeitpunkt an Stelle von Löhnen und Einkommen den Verbrauch – modern formuliert: den Konsum – von produzierten Gütern oder in Anspruch genommenen Dienstleistungen zu besteuern.

Im Fremdversorgungssystem wäre dies nämlich das naheliegende Äquivalent für den Ertrag im früheren Selbstversorgungssystem gewesen. Stattdessen entschied man sich mit der Besteuerung von Leistung - möglicherweise zunächst ungewollt - zugleich für die Trennung von Arbeit und Ertrag und im Ergebnis für die Entstehung neuer Druckpotenziale auf den Faktor Arbeit: Wenn es nämlich z.B. einem Unternehmen durch bessere Arbeitsorganisation gelang, sich ganz oder teilweise der Besteuerung zu entziehen, konnte es daraus ganz legal Vorteile ziehen, ohne dass diese denen zugute kamen, die sie mit ihrer Hände Arbeit erwirtschaftet hatten. Darin lag zugleich die Erklärung für eine weitere fatale Entwicklung: Es kam zu immer mehr Konkurrenz, damit auch Wachstum, und beide schaukelten sich fortan zwangsläufig wechselseitig auf.

Zu jenem Zeitpunkt wurde dieses Phänomen freilich erstmal positiv als Fortschritt und Segen wahrgenommen. Niemand ahnte, dass die Menschheit auf diese Weise einmal an den Rand der Selbstzerstörung ihrer Lebensgrundlagen gebracht würde. Aus heutiger Sicht zeigt sich dagegen, wie trügerisch die Hoffnung war, der Übergang von dem noch unter feudalistischen Strukturen entstandenen System bäuerlicher Selbstversorgung zum industriekapitalistischen System arbeitsteiliger Fremdversorgung werde den Menschen dauerhaft mehr Freiheiten bescheren. Formal garantiert das Grundgesetz heute zwar einen solchen Zugewinn an Freiheit, faktisch erfahren viele Menschen sich jedoch inzwischen zunehmend als Sklaven eines anonymen, auf Druck und Leistung basierenden Systems, dem sie wehrlos ausgeliefert sind.

Folgte die Einführung der *Lohn- und Einkommensteuer* also gar nicht einer für das gesellschaftliche System produktiven und segensreichen Logik? Lief die Umstellung faktisch vor allem darauf hinaus, durch Leistungsdruck dauerhaft Leistungsbereitschaft zu garantieren? Wenn ja, stellt sich die Frage, ob die *Konsumsteuer* ihrerseits beanspruchen kann, eher einer Logik im Dienste der Menschen und eines guten Lebens zu folgen. Bevor wir diese Fragen beantworten, bedarf es weiterer genauerer Analysen, wie das System sich in der Vergangenheit entwickelt hat, und wie es bis heute funktioniert.

Durch den mit der Industrialisierung einsetzenden Wandel zur maschinellen Herstellung entfielen menschliche Arbeitsplätze, zugleich freilich zunächst auch die damit verbundenen Einnahmen an Steuern und Sozialabgaben für den Staat.

Gleichzeitig ergab sich daraus für die Unternehmen ein möglicher finanzieller Vorteil: Solange die jeweils gerade vorher geltenden Marktpreise konstant blieben, konnten nämlich die eingesparten Beträge vom Unternehmen als finanzieller Gewinn einbehalten werden. Nach aktueller Gesetzeslage sind zwar auf den Gewinnanteil Steuern zu zahlen, das aber nur, solange der Unternehmer oder Investor im Inland gemeldet ist. Der Wohnsitz eines Unternehmers im Ausland kann ihm also Steuern im Inland sparen helfen. Gewinne lassen sich darüber hinaus mit etwas Geschick so darstellen, dass sich daraus weitere Steuerersparnisse ergeben. Ob diese für das Unternehmen oder im privaten Interesse eingesetzt werden, bleibt dabei offen.

Auch die zunehmende Verlagerung der Produktion selbst ins Ausland (Billiglohnländer) verschafft dem Hersteller gegenüber den im Inland produzierenden Mitbewerbern einen finanziellen Vorteil, der als Unternehmensgewinn einbehalten werden kann. Gleichzeitig fließen auch in diesem Fall in dem Maße weniger Einkommensteuern und Abgaben in die jeweiligen öffentlichen Kassen, wie inländische menschliche Arbeitskräfte an der Produktion nicht mehr beteiligt sind. In Verbindung mit dem derzeitigen Steuer- und Abgabensystem führt somit die Globalisierung der Märkte für den Staat zu einem weiteren Versiegen von Steuereinnahmen und Abgaben.

Wie funktioniert das System der Steuererhebung?

Damit kennen wir die historischen Voraussetzungen für das Verständnis der folgenden näheren Ausführungen zum System der Steuererhebung sowie zu den Phänomenen Rationalisierung und Standortverlagerung von Unternehmen in Billiglohnländer. Zum besseren Verständnis dürfte es hilfreich sein, uns zunächst die Abläufe im aktuellen Steuersystem, und da exemplarisch insbesondere die Erhebung der *Einkommensteuer* in der *arbeitsteiligen Herstellung von Produkten*, zu vergegenwärtigen. Schematisch dargestellt sieht das so aus:

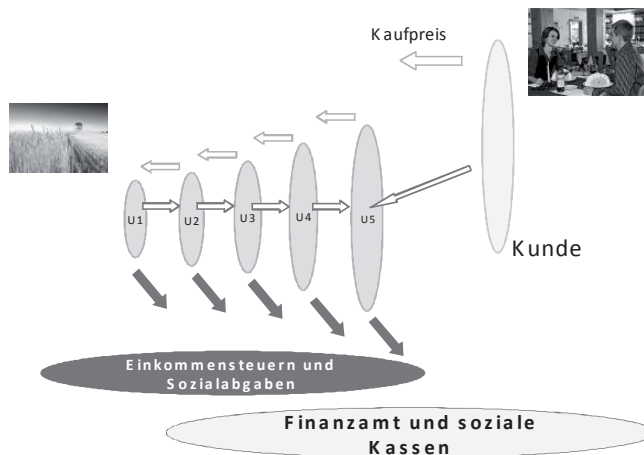


Fig. 3

In der arbeitsteiligen Herstellung geben die Unternehmen (U1 – U5) die Produkte (waa-gerechte graue Pfeile) nach der jeweiligen Weiterverarbeitung an das Folgeunternehmen weiter.

Auf jeder Stufe fallen außer realen Herstellungskosten (helle Pfeile) Einkommen- bzw. Lohnsteuern und Sozialabgaben für die in den Unternehmen tätigen Mitarbeiter an (dunkle, nach unten weisende Pfeile). Diese müssen von den Unternehmen vorfinanziert werden, weil der Kunde erst am Ende der Kette alle entstandenen Kosten mit dem Kaufpreis ablöst.

Aufgrund der notwendigen Vorfinanzierungen und aller damit verknüpften Belastungen trägt das aktuelle Steuersystem zur Erhöhung der Schulden der Unternehmen bei. Bei einem Steuersystem, das am Ende der Wertschöpfungskette die Steuern erhebt, würden dagegen die Vorfinanzierungen entfallen. Die nächste Grafik verdeutlicht dementsprechend die durch eine *Umstellung auf Konsumsteuern* erreichbare *Entlastung*. Diese Entlastung ergibt sich aus dem Umstand, dass – trotz teilweise gegenteiliger Behauptungen in der Fachliteratur zur Umsatzsteuer – im Herstellungsverlauf anfallende Mehrwertsteuern nach aktueller Gesetzgebung im Rahmen des sog. „Vorsteuer-Abzugsverfahrens“ zeitnah erstattet werden (Kringel-Symbole).

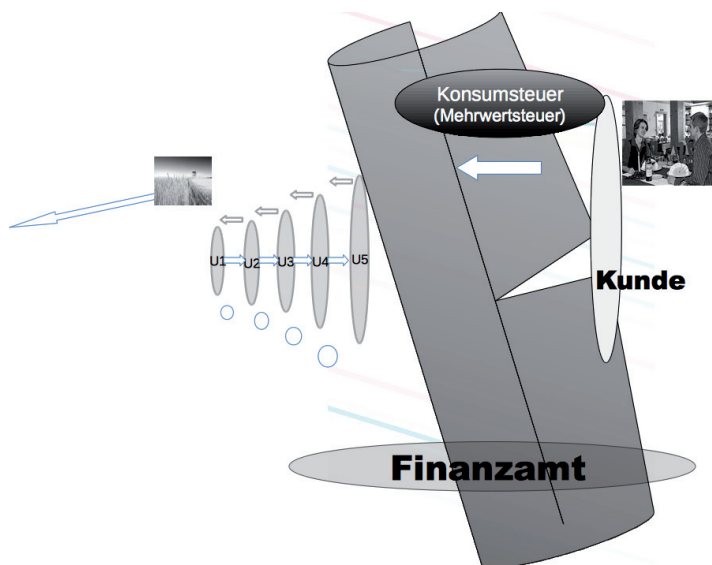


Fig. 4

Als vorläufiges Fazit können wir festhalten: Das bestehende Steuer- und Abgabensystem ist aufgrund der immer wieder notwendigen Vorfinanzierungen von Steuern und Abgaben ggf. für eine mögliche Verschuldung der Unternehmen mitverantwortlich. Einen Ausweg aus diesem Dilemma weist die Konsumsteuer, eine Steuerform, die wir im Prinzip längst kennen, deren Möglichkeiten und Tragweite allerdings bisher kaum erkannt wurden. Mit der Konsumsteuer greift das Finanzamt nämlich nicht in den Herstellungsverlauf ein, sondern wartet ab, bis das Produkt die Konsumreife erlangt und der Endkunde das fertige Produkt erwirbt.

Rationalisierung und Standortverlagerung als Staatsschuldentreiber

Eine weitere Grafik verdeutlicht, dass zwei zusätzliche Faktoren, nämlich Rationalisierungen und Standortverlagerungen, zwar auf den ersten Blick Kosteneinsparungen ermöglichen, gleichwohl indirekt zur *Erhöhung der Staatsschulden* beitragen können.

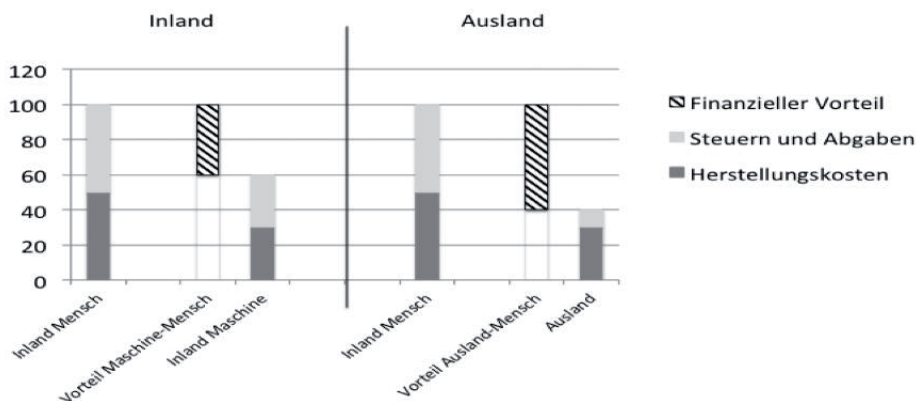


Fig. 5

In einem schematischen Vergleich – d. h. ohne sich an realen Messgrößen zu orientieren – ist hier zu sehen, wie sich bei unterschiedlichen Produktionsbedingungen mit bestimmten Herstellungs-Kosten (dunkelgrau) sowie bei entsprechend variabler Höhe von Steuern und Abgaben (hellgrau) bestimmte daraus resultierende finanzielle Vorteile für die Unternehmen (schraffiert) ergeben.

Entsprechende finanzielle Vorteile entstehen für Unternehmen demnach einerseits durch den Einsatz von Maschinen und anderen Rationalisierungsmaßnahmen, andererseits dank Verlagerung der Produktion ins Ausland.

Im Einzelnen veranschaulicht die Grafik mögliche finanzielle Vorteile bei der Herstellung eines gleichwertigen Produktes „Im Inland durch Maschinen“ bzw. „Im Ausland“, und zwar jeweils im Vergleich zur Herstellung „Im Inland durch den Menschen“. In beiden Fällen gehen dem Staat aufgrund dieser „Vorteile“ bei den Personalkosten Steuereinnahmen verloren.

Die angedeuteten unterschiedlichen Produktionsbedingungen (Automatisierungsprozesse, Verlegung von Produktionsstandorten) erlauben den Unternehmen demnach, sich aufgrund der Einsparung von Steuern und Abgaben zumindest vorübergehend finanzielle Vorteile zu verschaffen und so den Gewinn zu steigern.

So sehr grundsätzlich Gewinne ein legitimes Ziel von Unternehmen sind – sofern sie nämlich für sinnvolle Investitionen genutzt werden –, sollten sie jedoch aus systemi-

scher Sicht nicht durch Umgehung von Steuern und Abgaben „erwirtschaftet“ werden. Diese sind für Aufgaben im Interesse jeweils aktueller Erfordernisse des Gemeinwohls unverzichtbar und nicht dazu da, als „leistungsloser Gewinn“ in privaten Taschen zu verschwinden.

Es rächt sich insoweit, dass der Staat seinerzeit beim Übergang von der weitgehend noch handwerklich und landwirtschaftlich organisierten Selbstversorgung zur industriellen Fremdversorgung nicht die historische Chance genutzt hat, zugleich die Steuererhebung von der „Ertragsteuer“ auf die „Konsumsteuer“ umzustellen.

An der folgenden Grafik ist zu erkennen, inwiefern andererseits bei Einführung der Konsumsteuer an Stelle von Einkommensteuern und Sozialabgaben die bisher möglichen zwar „legalen“, aber im Gemeinwohlinteresse nicht erwünschten *Gewinnmitnahmen reduziert* würden.

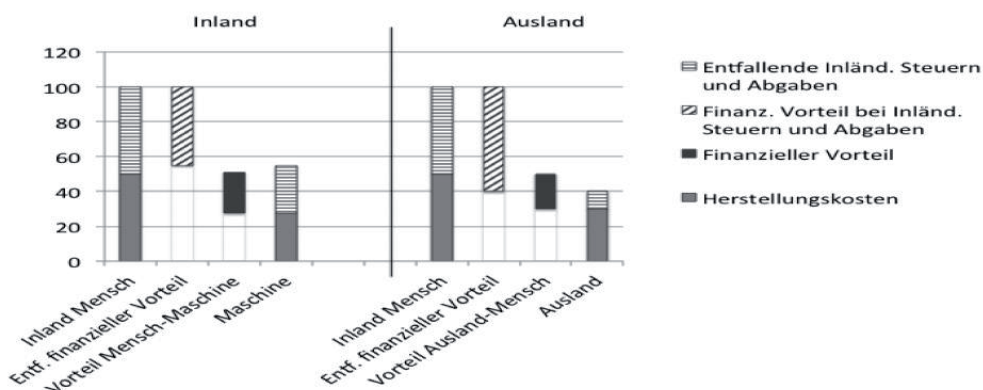


Fig. 6

Auch wenn es bisher keine belastbaren Schätzungen darüber gibt, in welcher Höhe dem Fiskus auf diese ganz „legale“ Weise ihm eigentlich zustehende Steuereinnahmen entgehen, dürfte es sich dabei doch um Summen im Millionen-, wenn nicht im Milliardenbereich handeln.

Dabei ist zu betonen, dass hier nicht etwa von krimineller Steuerhinterziehung die Rede ist, sondern ausschließlich von solchen Steuerausfällen, die gezielten Kosteneinsparungen, z.B. aufgrund von Rationalisierungen oder Standortverlagerungen geschuldet sind. Dass diese Phänomene ihrerseits auf einem im Grunde abwegigen Konkurrenz- und Wachstumsdruck beruhen, ist den Unternehmen nicht vorzuwerfen, sondern

ein im System angelegtes Problem und somit bisher gewollt. Für den Staat sind dies jedoch fehlende Einnahmen, die zwangsläufig zu einem Ansteigen der seit Jahren angehäuften Staatsschulden führen.

Mittlerweile sind wir diesbezüglich an einem kritischen Punkt angelangt, der systemische Änderungen erzwingt. Die Forderung der Politik, an allen Ecken und Enden zu sparen, was in der Regel nichts anderes als „Kürzen“ bedeutet, kann nicht die Lösung sein und zeigt eher die Hilflosigkeit der beteiligten Akteure. Eine konsumbasierte Organisation der Steuererhebung enthält demgegenüber bisher unausgeschöpfte Sparpotenziale, die ihrerseits geeignet sind, die Schuldenproblematik zu mildern.

Ist die Konsumsteuer unsozial?

Auf einen wesentlichen Einwand muss an dieser Stelle eingegangen werden: Er besagt, die Konsumsteuer sei unsozial, da sie diejenigen am stärksten belaste, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, welches sie gänzlich für Konsumgüter ausgeben müssen (sog. „hohe Konsumquote“); sie entlaste dagegen diejenigen, die über ein hohes Einkommen verfügen und nur einen Teil ihres Einkommens für Güter des täglichen Bedarfs ausgeben („geringe Konsumquote“).

Dieser Einwand überzeugt freilich nicht, da bereits in unserem derzeitigen Steuer- und Abgabensystem eine beträchtliche „unsoziale“ Komponente steckt. Steuern und Abgaben fließen nämlich komplett (in Summe und im Durchschnitt mit ca. 40 %) in die Produktpreise ein. Das bedeutet zugleich, dass der im aktuellen System vorgesehene soziale Ausgleich (z.B. Freibeträge, Rückerstattungen) gerade bei nicht Erwerbstätigen oder geringfügig Beschäftigten, bei Kindern, alten und behinderten Menschen gar nicht ankommt. Da sie nichts zu versteuern haben, bekommen sie auch nichts zurück. Gleichwohl tragen sie – wie alle Konsumenten – die in den Preisen enthaltene erhebliche Einkommensteuer- und Abgabenlast mit.

Mit der vorgeschlagenen Systemumstellung würde diese unsoziale Komponente zwar nicht komplett entfallen, denn an Stelle der bisher in den Preisen „versteckten“ Einkommensteuern würden in der Tat erhöhte, nun aber zumindest nicht mehr „ver-

steckte“, sondern auf dem Kassenzettel klar erkennbare Konsumsteuern anfallen. Irgendwie muss der Staat ja seinen Aufgaben im Interesse des Gemeinwohls nachkommen.

Durch eine flexible Gestaltung der Konsumsteuersätze – z.B. durch völligen Verzicht oder niedrige Sätze für lebenswichtige Güter und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs und demgegenüber entsprechend hohe Sätze für Luxusgüter – ließe sich die Steuerbelastung für Bezieher geringer Einkommen jedoch weiter reduzieren.

Darüber hinaus wäre ein realer und spürbarer sozialer Ausgleich wünschenswert und möglich. So wie 1920 erstmalig ein Lohnsteuerfreibetrag für Erwerbstätige eingeführt wurde, können wir einen analogen Freibetrag auch im Rahmen eines konsumbasierten Steuersystems schaffen. Im Falle der Konsumsteuer kann es freilich, systembedingt, weder eine direkte individuelle Freistellung von zu zahlenden, noch eine Rückerstattung von gezahlten Steuern geben. Die Konsumsteuer fällt ja „indirekt“ zusammen mit dem Erwerb einzelner Produkte oder der Inanspruchnahme von Dienstleistungen an. Eine soziale Komponente kann also nur wirken, wenn der entsprechende Freibetrag tatsächlich jedem Bürger ausgezahlt wird, und zwar bedingungslos.

Das Bedingungslose Grundeinkommen als ausgezahlter Freibetrag

Ein Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) ist deshalb ein integrierter Bestandteil des hier vorgestellten Ansatzes². Seine Finanzierung ergibt sich als positiver Nebeneffekt einer Umstellung auf Konsumsteuern, vergleichbar einem Freibetrag im aktuellen System, allerdings im Unterschied zu diesem eben bedingungslos an alle Bürger ausgezahlt. Das BGE wird sich - so die Erwartung - zugleich als Königsweg für die Lösung weiterer aktueller gesamtgesellschaftlicher und individueller Problemlagen erweisen: Außer den bereits angedeuteten Entlastungen der Wirtschaft und dem Effekt einer – in diesem Fall dieses Namens tatsächlich würdigen – „Staatsschuldenbremse“ sind als Gewinn für Millionen von Menschen die Abschaffung von Armut oder prekärer Beschäfti-

² Siehe einschlägige Vorarbeiten dazu insbesondere von Benediktus Hardorp; Götz W. Werner, André Presse u.a. z.B. in: *Grundeinkommen und Konsumsteuer. Impulse für Unternimm die Zukunft* – Tagungsband. Universitätsverlag Karlsruhe, 2007, zuletzt erneut: Benediktus Hardorp: „Steuerreform und Transfereinkommen – stellen wir uns den sozialen wie ökonomischen Aufgaben Deutschlands in Europa?“ in: *Das Grundeinkommen. Würdigung – Wertungen – Wege*. A.a.O., S. 42- 54.

gung sowie von demütigenden Kontrollen im aktuellen Grundsicherungssystem zu nennen. Auf dem Arbeitsmarkt wird das Lohnniveau sich auf einem neuen Niveau einpendeln, ohne dass dies - wie manche befürchten - zu einem Missbrauch des BGE als „Kombilohn“ führen muss. Vielmehr sind mit einem garantierten Grundeinkommen aufgrund des Zuwachses an selbst gewählter und selbstbestimmter Arbeit - sowie auch durch Abbau von Stress und Burn-out - erhebliche Entlastungen im Gesundheitssystem und ein positiver Schub an Initiativen und Produktivität im Tertiärsektor zu erwarten.

Auswirkungen eines konsumbasierten Steuersystems auf das Zusammenspiel der gesellschaftlichen Akteure

Welche Auswirkungen hätte der vorgeschlagene Wechsel des Steuersystems voraussichtlich auf das eingangs vorgestellte Zusammenspiel der gesellschaftlichen Akteure? Unter Beibehaltung des in der folgenden Grafik noch einmal aufgenommenen Grundmusters von Wechselbeziehungen zwischen „Staat“, „Wirtschaft“ und „Bürger/innen“ ergibt sich als Antwort auf diese Frage folgendes idealtypisches Bild:

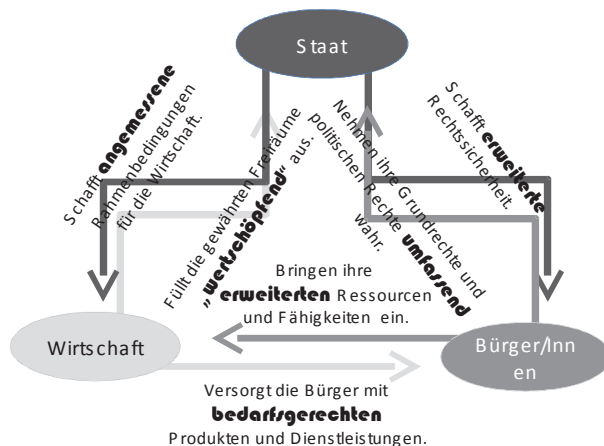


Fig. 7

Bemerkenswert ist, dass, begründbar allein durch die vorgeschlagene Umstellung des Steuersystems als einem Untersystem des Staates, tendenziell Verbesserungen der

Wechselbeziehungen zwischen *allen* genannten Instanzen bzw. Akteuren zu erwarten sind: Der Staat ist dabei weiterhin die Instanz, welcher die Verantwortung für die Steuererhebung insgesamt, für die Finanzierung hoheitlicher Aufgaben, wie auch daraus folgender Personal- und Infrastrukturkosten zukommt. Er muss also über entsprechende angemessene Mittel verfügen.

Durch den Wegfall der bisherigen Steuern und Abgaben wird die Wirtschaft deutlich entlastet. Sie verfügt über mehr Freiräume und wird so dazu angeregt, nachhaltig „wertschöpfend“ zu agieren. Skeptiker mögen bezweifeln, dass sie das tatsächlich umfassend tut. Sie können jedoch nicht leugnen, dass reduzierte Wachstumszwänge zugleich weniger Konkurrenzdruck und Zwang zur Werbung und somit die Chance für weniger künstlich geschaffene Bedürfnisse bedeuten. Positiv formuliert: Es können mehr bedarfsgerechte Produkte und Dienstleistungen angeboten werden.

Zugleich werden die Bürger ihrerseits durch das bedingungslose Grundeinkommen materiell und grundrechtlich besser abgesichert und in die Lage versetzt, ihre Rechte umfassender wahrzunehmen sowie ihre Ressourcen und Fähigkeiten produktiv einzubringen.

Die Gründe für eine zu erwartende deutliche Verbesserung der strukturellen Voraussetzungen eines produktiven Zusammenspiels der gesellschaftlichen Akteure liegen also auf der Hand: Einerseits wird durch die Umstellung dafür gesorgt, dass beträchtliche für das Gemeinwohl erforderliche Geldbeträge nicht mehr einfach legal „weglaufen“ können. Sie werden nämlich durch die im Inland für alle Produkte und Dienstleistungen erhobene Konsumsteuer gebunden. Zum Andern wird der wirtschaftliche Produktionsprozess von bestimmten Belastungen befreit; z.B. von der materiellen Grundsicherung aller Bürger, die besser beim Staat aufgehoben ist, oder auch von diversen Bürokratie- und Vorfinanzierungskosten, die schlicht vermeidbar sind.

Das erzielte Ergebnis lässt sich auch so beschreiben, dass das bisherige komplexe Ineinander-Verwobensein der gesellschaftlichen Akteure entflochten wird. Jeder hat fortan seine Aufgaben und behält seine Verantwortung, wird aber nicht mehr durch indirekte, lähmende oder parasitäre Nebeneffekte tangiert, die aus der Abhängigkeit von den übrigen Akteuren herrühren. Wie die aus der Konsumsteuer verfügbaren Mittel vom Staat verteilt werden – ggf. genauso wie Mittel aus weiteren für sinnvoll erachteten

Steuern –, kann und sollte einer regelmäßigen demokratischen Entscheidung unterworfen werden; so z.B. die Frage von Subventionen an die Wirtschaft ebenso wie die von direkten Investitionen in die Infrastruktur oder eben auch die Frage der Höhe des jedem zustehenden BGE.

Bezogen auf die Frage nach dem Menschen- und Gesellschaftsbild, das jeweils implizit oder explizit mit dem eingangs beschriebenen Modell verknüpft ist, wäre somit, bei Zugrundelegung des Steinerschen Konzepts der „sozialen Dreigliederung“, eine Entwicklung zu tendenziell mehr Transparenz und Demokratie zu erwarten. Orientiert man sich an Erich Fromms Konzept des Gesellschafts-Charakters, wäre eine Entwicklung zu psychisch gesunderem und produktivem menschlichen Verhalten wahrscheinlich. Es bedarf jedoch nicht explizit der Orientierung an solchen gesellschaftstheoretischen Modellen. Auch der schlichte „gesunde Menschenverstand“ dürfte jedem Bürger, jeder Bürgerin sagen, dass ein konsumbasiertes Steuersystem im Interesse jedes Einzelnen wie der Gesellschaft im Ganzen liegen würde.

Die Frage der Gestaltung des Systemwechsels

Berechtigt ist die Frage, ob ein so radikaler Systemwechsel einfach vom Parlament beschlossen und in kurzer Frist umgesetzt werden könnte. Letzteres ist sicher nicht der Fall. Nicht nur die absehbaren Veränderungen des Arbeitsmarktes verlangen eine Übergangsphase.

Auch unser Rechtsstaat, an dem wir als einem hohen Gut festhalten müssen, garantiert zahlreiche zu wahrende soziale Besitzstände, insbesondere bei Renten und Pensionen.

Andrerseits gibt es bereits jetzt durchkalkulierte Modelle, die erlauben, ein Grundeinkommen z.B. zunächst im Rahmen des bestehenden Einkommensteuersystems einzuführen und die Finanzierung über eine negative Einkommensteuer zu gewährleisten³.

³ Siehe z.B. Dieter Althaus; Hermann Binkert (Hrsg.): *Solidarisches Bürgergeld - den Menschen trauen: Freiheit nachhaltig und ganzheitlich sichern*. Darin: G. Werner: „Von der Einnahmen- zur Ausgabenbesteuerung“, S. 213-225.

Ergänzende Maßnahmen ermöglichen Übergangslösungen für Gesundheits- und Altersvorsorge; ein allmähliches Absenken der Einkommensteuer erlaubt schrittweise die gleichzeitige Anhebung der Konsumsteuer, bis diese die Einkommensteuer vollständig ablöst.

André Presse hat seinerseits in seiner Promotionsarbeit ein konsumbasiertes Steuermodell vorgeschlagen, das sofort eingeführt werden könnte, wobei auch er die Einführung eines BGE in mehreren Schritten über einen längeren Zeitraum vorsieht, um so die allgemeine Akzeptanz zu erhöhen.⁴ Ein solches behutsames Vorgehen böte den Vorteil, unter Wahrung der langfristigen Ziele den Umstellungsprozess realitätsgerecht steuern und sozialverträglich gestalten zu können.

Kritische Rückfragen zur Machbarkeit, zu Bedingungen der Zukunftsfähigkeit und die Perspektive einer Postwachstumsgesellschaft mit einem BGE

Es gibt also realistische Umsetzungschancen wie auch zu erwartende positive Auswirkungen eines konsumbasierten Steuersystems + BGE auf das als gestört erkannte Zusammenspiel der gesellschaftlichen Akteure. Diese optimistische Prognose ist allerdings an bestimmte Bedingungen geknüpft, die nicht verschwiegen werden dürfen. Eine entscheidende Bedingung der grundsätzlichen Machbarkeit hat Berthold U. Wigger formuliert, indem er neben der auch in diesem Beitrag unterstrichenen ökonomischen und sozialen Logik die Bedeutung der „politischen Logik“ unterstreicht. Demnach neigten die grundsätzlich auf Machterhalt bedachten Politiker aller Parteien dazu, sich von partikularen Interessen (Lobbyismus) beeinflussen zu lassen; diese ließen sich – zumindest bisher – im Rahmen eines ertragsorientierten Steuersystems leichter bedienen, als durch ein konsumbasiertes System⁵. Es geht also um nichts Geringeres als eine weitreichende Neujustierung der politischen Willensbildung. Darüber hinaus stellen sich folgende, zukünftige Entwicklungen einschließende Fragen:

⁴ Siehe dazu: André Presse: *Grundeinkommen: Idee und Vorschläge zu seiner Realisierung*. Link: www.ksp.kit.edu/shop/isbn2shopid.php?isbn=978-3-86644-485-0.

⁵ Siehe dazu: Berthold U. Wigger: „Konsumsteuern in der Demokratie“, in: *Das Grundeinkommen. Würdigung – Wertungen – Wege*. Hrsg. v. Götz W. Werner; Wolfgang Eichhorn; Lothar Friedrich. Scientific Publishing, Karlsruhe 2012, S.55 – 67.

- Wird es in einer künftigen, auf Konsumsteuersystem und Grundeinkommen gestützten Gesellschaft noch ausreichend *bezahlte Erwerbsarbeit* geben?
- Wenn ja, werden die Menschen bei gesichertem Grundeinkommen noch ausreichend *motiviert* sein, diese Arbeit wahrzunehmen?
- Wird ein am Konsum orientiertes Steuersystem nicht einen zu hohen *Kontrollaufwand* erfordern, der die Vorteile wieder wettmacht, bzw. zusätzlich das Risiko einer Zunahme von überwachungsstaatlichen Praktiken birgt?

Auf alle drei Fragen gibt es Antworten, die wir im gegebenen Rahmen allerdings nur andeuten können. Es liegt auf der Hand, dass diese Aussagen der Ergänzung und Vertiefung bedürfen.

Die Antwort auf die erste Frage lässt sich schon insoweit nicht ohne weiteres aus den vorstehenden Überlegungen herleiten, als der Umfang künftig verfügbarer bezahlter Erwerbsarbeit weniger vom Steuersystem und eventuellen Transferleistungen als von ganz anderen Faktoren abhängen wird.

Allein schon aufgrund der Ressourcenknappheit des Planeten werden nämlich die Menschen, sofern ihnen überhaupt eine Überlebenschance bleiben soll, die globale Gesellschaft mittelfristig in Richtung einer „Postwachstumsgesellschaft“ entwickeln müssen⁶; das wird selbstverständlich nicht nur Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben, sondern Konzepte für eine ebenso umfassende wie tiefgreifende gesellschaftliche und wirtschaftliche Neuorganisation erfordern⁷.

Die massenhafte Produktion von im Grunde überflüssigen Gütern etwa, die heute in riesigen Konzernen betrieben wird, und für die häufig ja erst intensive Werbung eine künstliche Nachfrage schafft, muss und kann zurückgefahren werden. Dadurch werden Arbeitsplätze sowohl in den Konzernen als auch in der Werbebranche verloren gehen. Auf der andern Seite werden neue Arbeitsplätze in innovativen Technologien und Dienstleistungsbereichen entstehen. Handwerkliche Kompetenzen und soziale Dienstleistungen werden eine Aufwertung erfahren und die Tendenz verstärken, in

⁶ Siehe z.B. u. a. Harald Welzer; Klaus Wiegand: *Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung: Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?* Fischer-TB, Frankfurt/M. 2011.

⁷ Wie z.B. diskutiert in: Werner Rätz; Tanja von Egan-Krieger u.a. (Hrsg.): *Ausgewachsen*. VSA-Verlag, Hamburg 2011.

kleinen überschaubaren Betrieben zu produzieren oder sich als Einzelne selbständig zu machen.

Diese weitreichenden Veränderungen lassen sich gegenwärtig weder in Ihrem Umfang, noch in ihrer spezifischen Gewichtung, noch bezüglich des Zeitrahmens, in dem sie sich durchsetzen, hinreichend genau prognostizieren. Auch fällt eine Prognose des unter diesen neuen Bedingungen zu erwartenden Steueraufkommens schwer, und zwar zunächst einmal unabhängig von der Frage, ob es eher über Konsum- oder sonstige Steuern, etwa Öko- oder Transaktionssteuern, in die Kassen des Staates fließen wird.

Das alles ändert aber nichts daran, dass ggf. auch in einer stärker an „Suffizienz“ (Selbstgenügsamkeit) und „Subsistenz“ (Selbstversorgung)⁸ orientierten Postwachstumsgesellschaft der Souverän, also das Volk oder das von ihm beauftragte Parlament, unter Maßgabe der gegebenen Rahmenbedingungen über die Verteilung der Mittel entscheidet.

Dabei ist immer u. a. auch das unveräußerliche Grundrecht der Bürger/innen auf ein angemessenes Grundeinkommen zu berücksichtigen, ja, es muss unter solchen Rahmenbedingungen erst recht als für die Gesellschaft konstitutiv angesehen werden, denn Erwerbsarbeit alleine wird dann auf keinen Fall die Existenzsicherung aller Menschen leisten können.

Wie steht es nun vor diesem Hintergrund um die Beantwortung der Frage nach der Motivation der Menschen, ihre Arbeitskraft mit einem BGE im selben Maße wie vorher einzubringen?

Gewiss sollten wir uns unter den aktuellen Bedingungen einer marktgesteuerten Konsum-Gesellschaft keine Illusionen bezüglich übermäßiger intrinsischer Arbeitsmotivation der Menschen machen. Auf längere Sicht dürften die angedeuteten Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sich jedoch eher positiv auswirken. Die bisher häufig belächelte Devise von E.F. Schumacher und Leopold Kohr „*Small is beautiful*“⁹ könnte z.B. eine umfassende, auch gesamtgesellschaftlich relevante Bestätigung erfahren. Dies dürfte ferner dazu führen, im Sinne etwa auch von Erich Fromm,

⁸ Siehe dazu: Uta von Winterfeld: „Vom Recht auf Suffizienz“, in: Werner Rätz; Tanja von Egan-Krieger u.a. (Hrsg.) 2011: *Ausgewachsen*, a.a.O., S. 57-65.

⁹ E.F. Schumacher: *Small is beautiful*. London 1973; dt.: *Die Rückkehr zum menschlichen Maß*. Rowohlt TB. Reinbek 1993.

das Interesse an einem auf „menschlichen Eigenkräften“ beruhendem, „produktivem Tätigsein“ zu steigern.

Auch wären die Menschen, sofern sie über ein Grundeinkommen verfügen, ja nicht mehr existenziell auf Erwerbsarbeit angewiesen, sie könnten also bezüglich ihrer Erwerbstätigkeit eine in höherem Maße selbstbestimmte Wahlentscheidung treffen. Nicht zufällig war Erich Fromm einer der ersten und bedeutendsten Pioniere der Idee eines „garantierten Einkommens für alle“, wie er sich ausdrückte.¹⁰ Insoweit wird auch das häufig von politisch links orientierten Autoren¹¹ zu hörende Argument entkräftet, das Grundeinkommen könne von Unternehmerseite als Kombilohn missbraucht werden. Vielmehr wird das BGE die Menschen selbstbewusster machen und in die Lage versetzen, unwürdige und nicht zumutbare Arbeitsangebote abzulehnen.

Wenn Gewerkschaften den Menschen, deren Interessen sie zu vertreten vorgeben, diese Fähigkeit absprechen, so zeugt dies nicht gerade von Wertschätzung für ihre eigene Klientel.

Auch die o. g. dritte Frage wirft keine grundsätzlich unlösbaren Probleme auf: Bei einer Umstellung auf ein am Konsum orientiertes Steuersystem fallen zahlreiche Arbeitsplätze in der Verwaltung der bisherigen Einkommensteuer- und Abgabenerhebung weg; sie können z.B. teilweise für eine intensivere Kontrolle der Konsumbesteuerung eingesetzt werden.

Es mag unsicher sein, ob das ausreichen würde, so dass auf den ersten Blick das Risiko einer Zunahme überwachungsstaatlicher Praktiken bestehen bliebe. An diesem Punkt ist jedoch darauf hinzuweisen, dass wir in diesem Beitrag lediglich die Implikationen einer Umstellung des Steuersystems thematisiert haben.

Daneben gibt es eine Reihe weiterer innovativer Ansätze wie etwa Regional- und Komplementärwährungen, „Fließendes Geld“, Entwicklung einer „Gemeinwohlökonomie“ oder auch der „Gemeingüter“ (Commons); alle weisen in die Richtung eines zunehmend selbstbestimmten, nachhaltigen und solidarischen Wirtschaftens, das per se weniger Kontrolle erfordern dürfte.

¹⁰ Erich Fromm: „Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle“, in: *Erich Fromm Gesamtausgabe* Bd. V, S. 309 – 316.

¹¹ Siehe z.B. Robert Ulmer: *Der Konsumsteuer-Vorschlag – ein Hindernis auf dem Weg zum bedingungslosen Grundeinkommen?* Link: <https://www.grundeinkommen.de/08/07/2011/der-konsumsteuer-vorschlag-ein-hindernis-auf-dem-weg-zum-bedingungslosen-grundeinkommen.html>

Da diese Themen im vorliegenden Zusammenhang nicht weiter vertieft werden können, mag hier als vorläufige Schlussfolgerung genügen, dass über unsere Vorschläge zum Steuersystem hinaus weitere kreative Lösungen erforderlich, aber auch möglich sind und z.T. bereits vorliegen. Wichtig ist dafür zu sorgen, dass diese Ansätze nicht isoliert bleiben, sondern miteinander ins Gespräch kommen und untereinander vernetzt werden.

Das Fazit aus den vorstehenden Überlegungen lautet, dass die Komplexität der aktuellen gesamtgesellschaftlichen und politischen Situation zwar in keinem Fall eine präzise Prognose künftiger Entwicklung erlaubt, dass uns aber entgegen aktuell vorherrschender politischer Meinung die durch Ressourcenknappheit und Grenzen des Wachstums aufgedrängte Perspektive keinesfalls Angst machen muss. Ganz im Gegenteil: Es gibt gute Gründe anzunehmen, dass der bewusste Verzicht auf Wachstum und die Umstellung von der Einkommensteuer auf ein konsumbasiertes System sich ergänzen und gleichermaßen dem Ziel eines nachhaltigen Wirtschaftens dienen würden. Zur Erinnerung hier noch einmal unser Modell in der entsprechenden idealtypisch-produktiven Ausprägung:

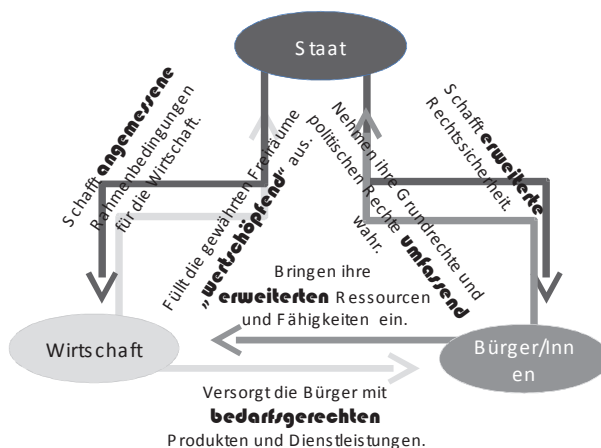


Fig. 8

Im Falle einer Entwicklung im Sinne des hier dargestellten Modells könnte Herr Meyer sich entspannt zurücklehnen: Hätte er seine Steuererklärung doch längst mit jedem er-

haltenen Kassenbon für ein gekauftes Produkt oder eine in Anspruch genommene Dienstleistung abgehakt!



Literatur

- Althaus, Dieter; Binkert, Hermann (Hrsg.), 2010: *Solidarisches Bürgergeld - den Menschen trauen*. Freiheit nachhaltig und ganzheitlich sichern. Darin: Werner, Götz W.: *Von der Einnahmen- zur Ausgabenbesteuerung*, S. 213-225.
- Fromm, Erich, 1955: *Wege aus einer kranken Gesellschaft*, in: Erich Fromm Gesamtausgabe (GA) Bd. IV, S. 1-254.
- Fromm, Erich, 1966: *Psychologische Aspekte zur Frage eines garantierten Einkommens für alle*, in: GA V, S. 309 – 316.
- Hardorp, Benediktus; Werner, Götz W.; Presse, André u.a., 2007: *Grundeinkommen und Konsumsteuer*. Impulse für »Unternimm die Zukunft«. Tagungsband. Universitätsverlag Karlsruhe 2007.
- Hardorp, Benediktus, 2012: *Steuerreform und Transfereinkommen – Stellen wir uns den sozialen wie ökonomischen Aufgaben Deutschlands in Europa?* In: *Das Grundeinkommen*. Würdigung – Wertungen – Wege. Hrsg. v. Götz W. Werner, Wolfgang Eichhorn u. Lothar Friedrich. Scientific Publishing, Karlsruhe, S. 42- 54.
- Internationale Erich-Fromm-Gesellschaft (Hrsg.), 1995: *Die Charaktermauer*. Zur Psychoanalyse des Gesellschafts-Charakters in Ost- und Westdeutschland. Göttingen – Zürich 1995. Darin: *Der Gesellschafts-Charakter: »Mit Lust tun, was die Gesellschaft braucht«*, S. 17 – 68.
- Presse, André, 2010: *Grundeinkommen: Idee und Vorschläge zu seiner Realisierung*.
Link: www.ksp.kit.edu/shop/isbn2shopid.php?isbn=978-3-86644-485-0
- Rätz, Werner; Egan-Krieger, Tanja u.a. (Hrsg.), 2011: *Ausgewachsen*. VSA-Verlag Hamburg 2001.
- Schumacher, E. F., 1973: *Small is beautiful*. Dt.: *Die Rückkehr zum menschlichen Maß*. Rowohlt-TB Reinbek 1993.
- Ulmer, Robert, 2011: *Der Konsumsteuer-Vorschlag – ein Hindernis auf dem Weg zum bedingungslosen Grundeinkommen?* Link: <https://www.grundeinkommen.de/08/07/2011/der-konsumsteuer-vorschlag-ein-hindernis-auf-demweg-zum-bedingungslosen-grundeinkommen.html>.



Publication of **fromm-online.org**. For personal use only. Any kind of re-publication and commercial use requires written permission from the copyright holders.

Veröffentlicht auf **fromm-online.org**. Nutzung nur für persönliche Zwecke. Jede Wiederveröffentlichung und kommerzielle Nutzung bedarf der schriftlichen Erlaubnis der Rechteinhaber.

Welzer, Harald; Wiegand, Klaus, 2011: *Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung: Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?* Fischer-TB Frankfurt/M. 2011.

Wigger, Berthold U. 2012: *Konsumsteuern in der Demokratie*, in: *Das Grundeinkommen. Würdigung – Wertungen – Wege*. Hrsg. v. Götz W. Werner, Wolfgang Eichhorn u. Lothar Friedrich. Scientific Publishing Karlsruhe 2012, S. 55 – 67